

Antrag

der Abgeordneten Matthias Berninger, Dr. Thea Dückert, Margareta Wolf (Frankfurt), Hans-Josef Fell, Anja Hajduk, Dr. Reinhard Loske, Anna Lührmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deutsche Steinkohle AG muss zügig belastbares Datenmaterial vorlegen

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- von der Deutsche Steinkohle AG (DSK) detaillierte Angaben über die Kosten unterschiedlicher Szenarien für den sozialverträglichen Auslauf des subventionierten Bergbaus einzufordern, und diese dem Deutschen Bundestag zur Verfügung zu stellen;
- durch ein unabhängiges Gutachten klären zu lassen, ob sich zur Absicherung der erheblichen Risiken der Ewigkeitskosten für die öffentliche Hand nicht ein höherer Verkaufserlös bei separater Verwertung einzelner Unternehmensteile der Ruhrkohle AG (RAG) im Vergleich zu dem von der RAG geplanten Börsengang erzielen lässt.

Berlin, den 31. Mai 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen fördern gemeinsam den Steinkohlebergbau in Deutschland. Der nordrhein-westfälische Landtag hat die Landesregierung mit Beschluss vom 16. März 2006 aufgefordert, die oben genannten Informationen zur Verfügung zu stellen. Dem schließt sich der Deutsche Bundestag an.

